

Shopping beim Entdeckertag

Neues Gesetz erlaubt Pläne der Kaufleute

Von Conrad von Meding

Niedersachsens Landtag hat das Ladenschlussgesetz geändert. Für Hannovers Innenstadthändler bedeutet das: mehr Shoppingsonntage. Geplant sei jetzt, einen verkaufsoffenen Sonntag für den Regionsentdeckertag am 8. September anzubieten, sagte Martin Prenzler von der City-Gemeinschaft.

Die alte Regelung sah vor, dass pro Stadt nur vier verkaufsoffene Sonntage erlaubt sind. In Hannover hat das zu großen Problemen geführt, denn um kleine Stadtteilhändler nicht zu benachteiligen, genehmigte die Stadt am Ende nur noch zwei Sonntage im Zentrum und zwei für Stadtteilgemeinschaften – die City-Händler beklagten deshalb den Ausfall von Millionenumsätzen. Das Land hatte jahrelang um eine Neufassung gerungen – der Lobbyeinfluss von Kirchen und Gewerkschaften gegen Sonntagsöffnungen ist stark.

Das neue Gesetz werde voraussichtlich am 1. Juli in Kraft treten, teilte das Land jetzt auf HAZ-Anfrage mit. „Damit haben wir genug Vorlauf, um im September einen zusätzlichen Shoppingsonntag anzubieten“, sagt Prenzler. Zum Regionsentdeckertag sind Hunderttausende in der Innenstadt – für die Händler ein guter Termin, um sich zu präsentieren.

Allerdings ist die Stadtverwaltung Genehmigungsbehörde, bei ihr muss die City-Gemeinschaft den Antrag stellen. Immerhin aber habe das Verwaltungsgericht bei seinem Urteil zu Sonntagsöffnungen ausdrücklich den Regionsentdeckertag als gutes Beispiel dafür genannt, dass verkaufsoffene Sonntage am besten ein Zusatzangebot sein sollen, wenn Städte ohnehin voll sind. Prenzler ist daher guter Dinge, dass der Tag genehmigt wird. Der dritte verkaufsoffene Sonntag in Hannover ist turnusgemäß am 10. November vor Beginn der Adventszeit.



Alte Debatte an neuem Sitzungsort: Der Schulausschuss tagte gestern nicht im Rathaus, sondern in der Teilkampfschule.

FOTO: MORITZ FRANKENBERG

Hannovers 18. Gymnasium kommt nach Bemerode

Schulausschuss beendet mit sieben Jastimmen und acht Enthaltungen fast einjährige Standortdebatte / Gebäude wird am Schützenplatz errichtet

Von Saskia Döhner

Hannovers 18. Gymnasium soll nach Bemerode kommen. Das hat der Schulausschuss der Stadt nach fast einjährigem Streit beschlossen. Sieben Vertreter, darunter SPD, FDP, ein Lehrer- und ein Elternvertreter, stimmten dafür, acht Mitglieder des Ausschusses enthielten sich.

Grundstück gehört der Stadt

Hinter vorgehaltener Hand war das 16.000 Quadratmeter umfassende städtische Grundstück am Schützenplatz schon lange als Standortfavorit gehandelt worden. Schließlich ist es bereits im Besitz der Stadt, muss nicht erst umständlich erworben werden, damit ist eine schnelle Bauplanung möglich. Denn die Zeit drängt. Es fehlen schon jetzt Gymnasialplätze im fünften Jahrgang. In vielen Klassen sitzen statt der erlaubten 30 derzeit 31, manchmal sogar 32 Kinder.

In den höheren Jahrgängen verlassen jedoch viele Schüler wieder das Gymnasium, weil sie den Anforderungen nicht gewachsen sind. Deshalb hatte es auch in den vergangenen Monaten erheblichen Widerstand gegen die Gründung eines weiteren Gymnasiums in der Stadt gegeben – wichtiger sei eine Realschule, um die Schulformwechsler aufzunehmen, hatte die CDU argumentiert. Die Schülervertreter hatten eine weitere Integrierte Gesamtschule (IGS) gefordert,

das „Bündnis für eine Schule der Kulturhauptstadt“, ein Zusammenschluss aus Eltern, Lehrern und Gewerkschaftern, will eine Schule ganz neuen Typs bauen.

Grüne enthalten sich

Die Grünen, die im Herbst 2018, wenn auch nach eigenem Bekunden „mit Bauchschmerzen“, noch dem Antrag des Ampelbündnisses auf ein 18. Gymnasium zugestimmt hatten, enthielten sich in der gestrigen Sitzung der Stimme. „Mindestens 300 Kinder allein aus dem Gymnasium werden voraussichtlich abgeschult, das sind zehn Klassen“, sagt Silvia Klingenburg-Pülm, schulpolitische Sprecherin der Grünen. „Wir haben bereits im letzten

Jahr über die schon damals erschreckend hohe Zahl von abgeschulten Kindern gesprochen. Dieses Jahr sind es vermutlich noch mehr, für uns eine Zahl, die die Gründung eines weiteren Gymnasiums ad absurdum führt.“

Mit diesen neuen Informationen könnten die Grünen der Standortentscheidung nicht mehr zustimmen, sagt Klingenburg-Pülm. Es handle sich lediglich um eine Symptombehandlung, nicht um ein Kurieren des zugrunde liegenden Problems.

Die CDU hingegen, die ja eigentlich eine neue Realschule und kein neues Gymnasium will, hält den Standort Bemerode allerdings für alternativlos, wie Schulexpertin

Stephanie Matz sagt, enthält sich bei der Abstimmung nach aber. Andreas Bingemer (FDP) sagt, der Standort sei ideal, es fielen keine Grunderwerbskosten an, die Infrastruktur und Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr seien gut. Allerdings müsse die Schützengesellschaft Bemerode, die auf dem Grundstück Am Sandberge ihr Vereinsheim habe, eine Ersatzfläche bekommen.

Angesichts steigender Schülerzahlen seien dringend neue Schulen nötig, betont Afra Gamoori (SPD). Nicht nur ein Gymnasium, sondern eine andere weiterführende Schule, aus Sicht der Sozialdemokraten am liebsten eine IGS, müsse schnell errichtet werden.

Für eine andere weiterführende Schule, die dann auch die Wechsler der Gymnasien aufnehmen könnte, haben die Planungen aber noch gar nicht begonnen. Es gibt dazu noch gar keine Beschlüsse. Ein Grundstock dafür habe man auch noch nicht in Aussicht, antwortete Bildungsdezernentin Rita Maria Rzycki auf eine entsprechende Frage von Tobias Braune (parteilos).

Gamoori unterstrich, dass die Entscheidung für das Gymnasium in Bemerode nicht als Konkurrenz für die IGS Kronsberg zu verstehen sei. Die Gesamtschule leiste hervorragende Arbeit. Dezernentin Rzycki erinnerte daran, dass die IGS in den nächsten Jahren auch rundum saniert und „faktisch neu gebaut“ werde.

Washbecken bleiben in Klassenräumen

Wenn weiterführende Schulen in Hannover saniert oder neu gebaut werden, soll es in allen Klassenräumen ein Waschbecken geben, zudem soll pro Schule ein zentral gelegener Trinkbrunnen installiert werden. Das haben Politiker, Eltern- und Lehrvertreter am Mittwoch im Schulausschuss der Stadt einstimmig beschlossen. Ein entsprechender An-

trag der Eltern war bereits im vergangenen Herbst schon einmal einstimmig im Ausschuss angenommen worden.

Dann hatte die Verwaltung interveniert und betont, dass zum einen elektronische Tafeln nicht mehr nass gewischt werden müssten, zum anderen Verkeimungen drohten, wenn das Wasser zu lange un-

genutzt in den Leitungen stehe. Auch Sicherheitsgründe sprächen gegen Waschbecken in den Klassenräumen. Das Ampelbündnis hatte sich zunächst der Argumentation der Stadt angeschlossen. Das hatte bei den Elternvertretern wiederum Protest ausgelöst. Es gab neue Beratungen, Jetzt die Kehrtwende und der gemeinsame Beschluss für Waschbecken. **ad**

Brandschutz wird nicht aufgeweicht

In Expertenrunde im Rathaus kritisieren Architekten hohe Kosten und Regeln / Politik hält dagegen

Von Andreas Schinkel

Sind die hohen Brandschutzauflagen in Niedersachsen für Immobilieneigentümer noch angemessen? Behindert der Brandschutz den dringend benötigten Neu- und Ausbau von Wohnhäusern? Solchen Fragen sind Architekten, Brandschutzingenieure und Feuerwehrleute am Mittwoch in einer Anhörung im Rathaus nachgegangen. Die versammelten Experten waren sich einig: In Niedersachsen erreichen die Bestimmungen ein Maß, das weder wirtschaftlich noch effektiv ist. Stadtverwaltung, SPD, Grüne und FDP hielten dagegen: Der Schutz von Menschenleben habe höchste Priorität.

Brandrisiko niemals bei null

Klar ist, dass die Brandschutzbestimmungen in Niedersachsen besonders streng sind. Wenn sich mehr als zehn Personen pro Geschoss in einem Sondergebäude (Schule, Klinik und ähnliche Bau-

ten) aufhalten, müssen die Bauämter in Niedersachsen bereits prüfen, ob der Fluchtweg über eine Feuerwehrlleiter noch machbar ist oder ob ein weiterer Rettungsweg eingeplant werden muss. In anderen Bundesländern liegt die Grenze bei 100 Personen.

Prominentes Beispiel, wie aktuelle Brandschutzauflagen die Kosten hochtreiben, ist das Sprengel-Museum. Dort kletterten die Ausgaben für neue Sicherheitstüren und Fluchtwege im Altbau von zunächst 4 auf jetzt 11 Millionen Euro.

Wie Brandschutzauflagen verhindern, dass neuer Wohnraum geschaffen wird, hat der hannoversche Architekt Steffen Heistermann erlebt. „Dachgeschosse könnten in Hannover häufiger ausgebaut und als Wohnraum genutzt werden“, sagt er. Doch der Brandschutz treibe die Kosten hoch. In zwei Jahren habe er in 17 Fällen erlebt, dass ein Bauherr wieder Abstand von seinem Vorhaben nahm. Für ein Wohnhaus in der Lister Jakobstraße hatte



Die Kosten für Brandschutzsanie rung kletterten im Sprengel-Museum von 4 auf 11 Millionen Euro.

FOTO: CHRISTIAN BEHRENS (ARCHIV)

die Feuerwehr gefordert, Bäume vor der Fassade regelmäßig zu beschneiden, damit im Brandfall die künftigen Dachgeschossbewohner schnell gerettet werden können. Das Umweltamt lehnte den Grünschnitt ab. „Das war das K.-o.-Kriterium für den Ausbau des Dachgeschosses“, berichtet Heistermann.

Erschwerend kommt hinzu, dass viele Unternehmen ein wirtschaftliches Interesse daran haben, dass die Brandschutzauflagen hoch bleiben.

„In der Brandschutzbranche wird unfassbar viel Geld verdient“, sagt Brandschutzingenieur Dietrich. Verbände entwickeln Normen, die sie dann durch eigene Produkte erfüllen können. So gelte jetzt, dass Brandmelder nach acht Jahren ausgetauscht werden müssen. „Es gibt kein unabhängiges Gutachten, das den Sinn einer solchen Vorschrift untermauert“, sagt Dietrich.

Stadt: Sicherheit hat Priorität

Die Stadtverwaltung ist der Ansicht, dass Sicherheit oberste Priorität habe. Der Rückgang der Brandopfer von mehr als 800 in Deutschland im Jahr 1992 auf jetzt etwa 300 bis 400 pro Jahr zeige, dass die Schutzbestimmungen erfolgreich seien. SPD, Grüne und FDP plädieren im Konflikt zwischen Wirtschaftlichkeit und Gefahrenabwehr für den Schutz von Menschenleben. „Mir ist es lieber, wenn die Profis von der Feuerwehr ein Bauprojekt beurteilen als private Gutachter“, sagt SPD-Baupolitiker Lars Kelich.

Region: Verhandlung über Umlage

Bürgermeister wollen weniger zahlen

Ein seit Monaten schwelender Streit ums Geld soll jetzt in Verhandlungen beigelegt werden: Die Region Hannover und die Städte und Gemeinden verhandeln über die Regionsumlage. Das ist die Summe, die alle Kommunen der Region in deren Kasse einzahlen, damit diese etwa etwa Regionsklinikum, Nahverkehr und Zoo finanziert. Die Einigung auf Verhandlungen sind Ergebnis eines Gesprächs, zu dem Regionspräsident Hauke Jagau jetzt die Bürgermeister eingeladen hatte. Nachdem zuvor sogar eine Klage gegen die Umlage im Raum stand, habe man sich nun verständigt, zunächst eine Expertenrunde verhandeln zu lassen.

Hintergrund des Streits: Die Bürgermeister der Kommunen wollen weniger zahlen und verlangen mindestens das Einfrieren bei einer Höhe von insgesamt rund 703 Millionen Euro. Nach ihren Berechnungen summieren sich die Abgaben 2019 dagegen auf 771 Millionen Euro. **mak**

Hannoversche Allgemeine HAZ

Gegründet 1893 von Dr. h. c. August Madsack

Herausgeber:
Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG
Geschäftsführung: Thomas Düffert (Vors.), Sven Fischer, Christoph Rüdth
Chefredakteur:
Hendrik Brandt
Stellvertreter: Felix Harbart
chefredaktion@haz.de - (0511) 518-1810

VERANTWORTLICH FÜR:

Nachrichten (Politik/Wirtschaft): Volker Goebel
news@haz.de
Niedersachsen: Michael B. Berger
niedersachsen@haz.de
Kultur: Ronald Meyer-Arlt
kultur@haz.de
Sport: Carsten Bergmann
sport@haz.de
*Madsack Sport Unit Hannover GmbH
Produktionsleitung: Birgit Dralle-Bürgel
produktion@haz.de
Hannover und Region: Heiko Randermann
hannover@haz.de - (0511) 518-1852
Umland Nord-Ost: Antje Bismark
nordost@haz.de - (05136) 97 81 00
Umland Nord-West: Markus Holz
nordwest@haz.de - (05131) 46 72 40
Umland Süd: Björn Franz
sued@haz.de - (05108) 64 2110

Die HAZ ist Partner im Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)
Chefredakteur: Marco Fenske
Mitglieder der Chefredaktion: Matthias Koch, Gordon Repinski
Leitung Newsroom: Jörg Kallmeyer (Print), Christoph Maier (Digital), Dany Schrader
Nachrichtenagenturen: dpa, epd

ANZEIGEN:

Günter Evert (verantwort.)
Verlag und Redaktion:
Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG,
August-Madsack-Str. 1, 30559 Hannover
Postanschrift: 30148 Hannover
Druck:
Oppermann Druck- und Verlagsgesellschaft
mbH & Co. KG,
Gutenbergstr. 1, 31552 Rodenberg
Verlag (0511) 518-0
Kleinanzeigen Privatkunden 08 00-123 4 01*
Kleinanzeigen Geschäftskunden 08 00-123 44 02*
Anzeigenaufnahme im Internet www.haz.de
Telefax Kleinanzeigen 08 00-123 44 01*
Abonnentenservice 08 00-123 43 04*
Telefax Abonnentenservice 08 00-123 43 04*
* Kostenlose Servicenummer

HAZ-Online www.haz.de
Twitter www.twitter.com/haz
Facebook www.facebook.com/hannoverscheAllgemeine

Erscheinungsweise: werktäglich morgens. Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 43,90 € (einschließlich Zustellkosten und 7% = 2,87 € Mehrwertsteuer) oder durch die Post 46,80 € (einschließlich Portoanteil und 7% = 3,06 € Mehrwertsteuer). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper und den Online-Zugang zu den bezahlpflichtigen Inhalten auf haz.de 2 € (einschließlich 19% Mehrwertsteuer = 0,32 €). Für Kündigungen von Abonnements gilt eine Frist von sechs Wochen zum Quartalsende. Im Fall höherer Gewalt und bei Störung des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das Mahnverfahren und im Verkehr zu Vollkaufleuten Hannover.
Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in all ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 78
Amtl. Organ der Niedersächs. Börse zu Hannover

30% 50% 70%
40% 70%

SALE im HAZ/ NP-Onlineshop

Restposten bis zu 70% reduziert – jetzt sichern.

In den Online-Shops:
• shop.haz.de*
• shop.neuepresse.de*

* zzgl. 2,90 € Versandkosten, ab einem Warenwert von 30 € versandkostenfrei

Hannoversche Allgemeine Neue Presse

IN KÜRZE

Gestohlener Roller in Brand gesetzt

Die Polizei hat es derzeit mit einer ungewöhnlichen Serie von Straftaten zu tun: Fünf Motorroller wurden in den vergangenen sechs Wochen im Stadtgebiet gestohlen, an einen anderen Ort gebracht und anschließend dort in Brand gesetzt. In der Nacht zu Mittwoch wurden Beamte zum jüngsten Vorfall in den Sahlkamp gerufen. Die Polizei sucht nun dringend Zeugen. Hinweise zu dem Vorfall nimmt die Kripo unter der Rufnummer (0511) 109 55 55 entgegen. **tm**